

kein Wasser, und die Oberflächengewässer sind radioaktiv verstrahlt.“

Am „Tage nach der Katastrophe“ treiben in der Donau „Tausende von Leichen“: „Sie wurden entweder durch die Druckwelle hineingeblasen, oder sie brachen bei der Suche nach Wasser am Ufer zusammen. Menschen, die ihre Augen nicht schützen konnten, wurden blind.“

Die deutschen Ärzte weisen für den Fall Ulm schlüssig nach, daß „schwer Brandverletzte keine Überlebenschance“ hätten, weil die erforderliche hochspezialisierte medizinische Versorgung – mit Infusions- und Transplantationstherapie – nicht zur Verfügung stehe: In Baden-Württemberg sind nur 26 Betten für Verbrennungsoffer vorgesehen.

Und auch minder schwer Verletzte hätten, so die Ulmer Szenario-Autoren, überwiegend keine Überlebenschance, vor allem aufgrund einer Kombination von äußeren Verletzungen und Auswirkungen der Strahlenkrankheit.

Der Fall-out, so ermittelten die Ulmer Ärzte anhand meteorologischer Untersuchungen, würde die 400 000 Bewohner einer zigarrenförmigen, etwa 140 Kilometer langen Zone erfassen, in der die Radioaktivität zwischen 2000 und 4000 rem betrage. Szenario-Text: „Im Innern dieser Zone würden alle Einwohner sterben“, in Nürnberg und Fürth, am Rande der angenommenen Zone, „ein Großteil“ der Bevölkerung.

Bei Strahlenerkrankungen liegen die Behandlungsmöglichkeiten nahe Null. Notwendig wäre die Transplantation von blutbildendem Knochenmark, der Patient darf nicht älter als vierzig Jahre sein, als Spender kommen nur Geschwister in Frage. In der Bundesrepublik gibt es nur fünf Zentren für derartige Operationen: in Ulm, Tübingen, München, Essen und Kiel. Ulm wäre, im Ernstfall, ohnehin entfallen.

Die Ärzteinitiative bringt die medizinischen Chancen bei einem Fall Ulm, wo auch immer, auf eine kurze Formel: „Sterbehilfe ist die einzige realistische Maßnahme, die in einer solchen Situation möglich ist.“

SCHULEN

Kampf ums Kind

An den Schulen werden die Schüler knapp. Um der Schließung zu entgegen, lassen sich Gymnasien Werbegags einfallen.

Drei rockende Lehrer des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Göttingen sind die Stars eines Werbefilms, der die Lehranstalt ins rechte Licht rücken soll. Sie trällern: „Ich steh' aufs THG, du, du bist okay.“ Der Spot soll im Herbst vor Eltern und möglichst vielen künftigen Schülern aufgeführt werden.

Lehrer des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums im bayrischen Burghausen ver-

sprachen, bis das Kultusministerium einschritt, jenen Schülern Buchprämien, die Freunde, Bruder oder Schwester für ihre Schule keilen.

In Düsseldorf werden Eltern bei Kaffee und Kuchen bedrängt, ihre Kinder anzumelden. Und in Hamburg-Steilshoop wird animiert: „Wollen Sie die Gesamtschule hautnah erleben?“

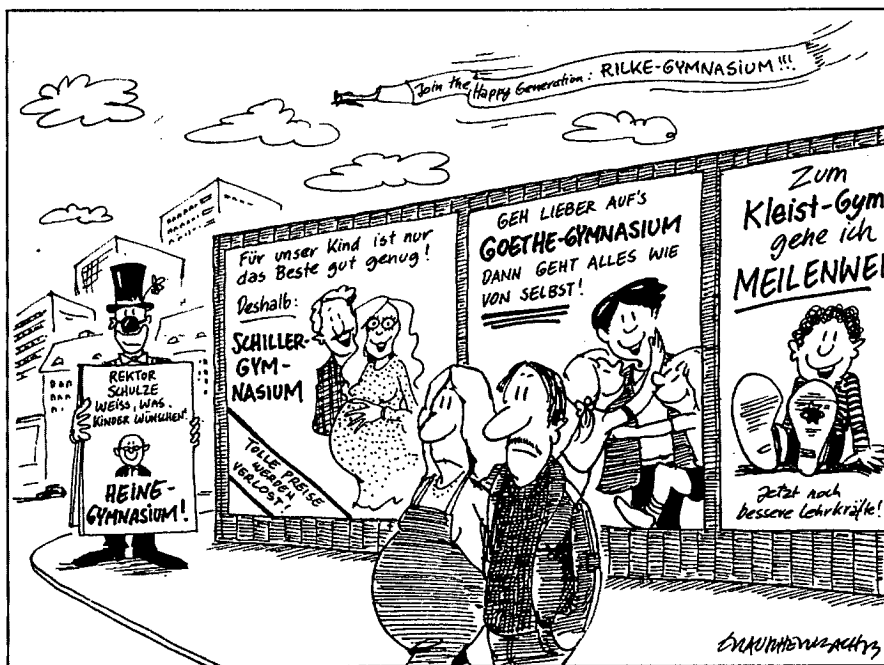
Werbeslogans und Kaffeekränzchen sind Zeichen eines neuartigen Schulkampfs. Viele Gymnasien und Gesamtschulen, in den Ballungsräumen wie in der Provinz, wollen absehbarer Auszehrung nicht länger tatenlos zusehen.

„Der Schülerklau geht um“, beschreibt der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes Wilhelm Ebert den Verteilungskampf. Bei zu kleinen und zu wenig

Schulleiter wurden bereits zurückgepfiffen. Sie hatten die Konkurrenz madig gemacht.

Fraglich ist, ob Abmahnungen dieser Art fruchten. Denn der „Schülerchwund im Sekundarbereich“, prophezeien die Dortmunder Schulentwicklungsforscher Marianne Horstkemper, Klaus Klemm, Klaus-Jürgen Tillmann, wird sich „in den kommenden Jahren enorm verstärken“.

Einerseits, heißt es im Hamburger Schulentwicklungsplan, bringe die rückläufige Schülerzahl „spürbare Verbesserungen“ – etwa „die Senkung der Klassenfrequenzen“ oder „die Verbesserung der Stundentafeln“. Andererseits eben auch den schleichenden Schultod. Zudem steht das pädagogische Konzept, entwickelt in den Jahren der Bildungsre-



Klassen, noch dazu bei knappen Kassen, droht mancher Schule der Exitus.

Denn auf die Schülerflut folgt jetzt, wie schon bei den Grundschulen, die Ebbe bei den weiterführenden Schulen. Mitte der siebziger Jahre, auf dem Höchststand, wurden sechs Millionen Zehn- bis Sechzehnjährige gezählt. 1990 werden es nur noch 3,5 Millionen sein – fast 45 Prozent weniger.

In „diesem Jahr 1600 Schüler weniger für die fünften Klassen“, rechnet Hamburgs Schulsenator Joist Grolle vor: „Das muß Auswirkungen haben.“ In München, wo die Zahl der Gymnasialisten binnen dreieinhalb Jahren um rund 7000 abnimmt, erkannte das städtische Schulreferat: „Das heißt, in jedem Jahr haben wir ein Gymnasium weniger.“

Der Kampf ums Kind wird hart geführt, und das hessische Kultusministerium warnte schon, es mit der Schulwerbung nicht zu unsachlich zu treiben: „Dann kriegen die das Staatliche Schulamt auf den Hals.“ Zwei Hamburger

form, auf dem Spiel mit einer Skala von Wahlpflicht-, Leistungs-, Neigungs- und Förderkursen.

Noch kommt den weiterführenden Schulen der „Aspirationsschub“ der Eltern (so die Dortmunder Forscher) entgegen. Immer mehr Eltern erhoffen für ihre Kinder wenigstens die mittlere Reife, lieber noch das Abitur. Kräftig unterstützt wird der Hang zum Höheren von künftigen Arbeitgebern in Industrie, Handel und Gewerbe: „Immer mehr Firmen wollen heute den Lehrling mit Abitur“, sagt der Dortmunder Bildungsforscher Hans-G. Rolff.

Hauptschüler sind kaum mehr gefragt. Obendrein verläßt ein knappes Viertel aller Hauptschüler diese Rest-Bildungsanstalt ohne jeden Abschluß. Hauptschulen können häufig nur noch durch „pädagogische Mund-zu-Mund-Beatmung“, so übereinstimmend Berliner und niedersächsische Schulbeamte, überleben. Gerade noch siebzehn Prozent aller Frankfurter Schüler gehen zur

Sie kümmern sich um Ihr Geschäft wir kümmern uns um Sie.

Sind Sie geschäftlich in London?
Was Sie benötigen, ist ein Hotel erster Klasse mit Stil und Service, das den Anforderungen eines Geschäftsmannes entgegenkommt.

Damit ist das London Tara Hotel jeder Konkurrenz gewachsen.

Ein komfortables, zentral gelegenes 4 Sterne Hotel mit 800 Zimmern, welches grossen Wert auf persönlichen Service und günstige Preise legt, was heutzutage von den meisten grösseren Hotelketten nicht mehr angeboten wird.

In diesem Frühjahr eröffnen wir unsere "Executive Class" Zimmer. Diese Erneuerung ist das Ergebnis langer und ausführlicher Analysen, was Sie, der Geschäftsmann auf Reisen, benötigen.

Und das Ergebnis?

Schnelle und präzise Abfertigung bei Ankunft und Abreise, luxuriösere Zimmer mit noch grösseren Betten, kostenlose Tageszeitungen, Hausschuhe – und viele andere aufwendige "Executive Class" Einzelheiten, speziell für den beschäftigten Geschäftsmann.

Wenn Sie das nächste Mal in London sind, lassen Sie sich verwöhnen und wohnen Sie bei uns im London Tara und bringen Sie Ihren Direktor gleich mit.

Für Reservierungen und weitere Information (441) 937 7211
Direkt Reservierung für "Executive Class" (441) 937 1665



Executive Class
**THE
LONDON
TARA
HOTEL**

Ten years old. Light years ahead
1973-1983

Scarsdale Place, Kensington, London W8 5SR
Tel: 01-937 7211. Tlx: 918835.



Schülerdemonstration gegen Schulschließung*: Hang zum Höheren

Hauptschule, einst Hauptlieferant für Lehrlinge.

Doch auch so ist die Lage kritisch im höheren Bildungsbereich. Mangels Schüler-Masse wird in diesem Schuljahr das altehrwürdige Irmengard-Gymnasium auf Frauenchiemsee dichtgemacht – nach mehrhundertjähriger Unterweisung meist betuchter Leute Kinder. 400 beziehungsweise 500 Schüler reichten zwei Gymnasien in Bamberg nicht mehr für einen geordneten Schulbetrieb – sie werden zusammengelegt.

Das Stuttgarter Hölderlin-Gymnasium schrammte nur deshalb knapp am Untergang vorbei, weil nach Eltern-Appellen die begehrten Schüler doch noch aufgetrieben wurden. In Hamburg bangen vier Gymnasien und eine Gesamtschule um die Existenz.

Von der Schließung bedroht, verbreitete das Düsseldorfer Rethel-Gymnasium, die benachbarte Gesamtschule Graf-Recke-Straße bleibe ein Provisorium, es gebe im Haushalt für sie keine weiteren Mittel. Prompt beschwerte sich der Gesamtschulleiter über die „Verleumdungs- und Diffamierungskampagne“ bei Kultusminister Jürgen Girgensohn und forderte Richtigstellung „wegen der irreparablen Schäden für die Gesamtschule“.

Nichts nutzte dagegen dem Hamburger Gymnasium Curschmannstraße die Anpassung an positive Gesamtschul-Erfahrung. Trotz des Werbe-Versprechens, die Kinder bis nachmittags um vier bei Mittagessen, Schularbeiten, Spiel und Musizieren zu beaufsichtigen, blieben Eltern ungerührt. Die Schule wird wohl bald geschlossen werden.

Schulen sind nur leistungsfähig, wenn sie groß genug sind, ist übereinstimmendes Credo der Kultusminister, die den Widersprüchen zwischen bildungspolitischen Zielen und demographischer Entwicklung einstweilen hilflos zusehen. Über die Konzeption eines „kleinen Gymnasiums mit weniger als 500 Schülern“ nachzudenken, empfahl daher der Niedersächsische Philologenverband. Die Klassenstärken energisch herunterzufahren, forderte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Derweil versucht Hamburgs Schulsenator durch „behutsame Umverteilung“ vorgeschriebene Klassenfrequenzen und Mehrzügigkeit zu erhalten. „Einzügigkeit“ einer Schule, so auch Kultusminister Girgensohn, führe „automatisch“ dazu, „daß bestimmte Unterrichtsangebote in der erforderlichen Breite“ nicht mehr gemacht werden können.

Schleswig-Holstein garantiert, noch zuversichtlich, die „Erhaltung von Schulstandorten“. Bayerns Kultusminister Hans Maier beläßt es bei der Warnung vor dem Naheliegenden: „Die Aufnahmepraxis darf sich einzig – und das aus pädagogischem Verantwortungsbeußsein für den Jugendlichen – an dessen Leistungsfähigkeit und Leistungswillen orientieren.“

Tatsächlich jedoch nehmen es Gymnasien im Kampf ums Überleben mit der Leistung nicht mehr so genau. Sie „sahnen unten ab“, so das Münchner Stadtschulreferat, „und holen sich Schüler, die früher auf die Realschule gegangen wären“. Schon bleiben, beobachten Bildungsforscher, weniger Gymnasiasten

* In Düsseldorf, April 1983.

sitzen, und auch die Quote derjenigen, die zu den Real- und Hauptschulen absteigen, ist geringer geworden.

Und so wie Gymnasien sich verstärkt der Realschüler annehmen, so füllen Gesamtschulen ihre Klassen zunehmend mit „Hauptschul-Empfohlenen“. In Berliner Gesamtschulen machen sie bereits mehr als die Hälfte aus.

„Schmiß man bisher die Schwächeren kurzerhand aus der Schule“, so GEW-Sprecher Frank von Auer, „nimmt dieses unmenschliche Verfahren gegen Kinder jetzt ab.“ Der Vorsitzende des Niedersächsischen Philologenverbands, Roland Neßler, freut sich darauf, „wenn die Zeit der Schülerüberlast vorbei ist, und wir wieder pädagogisch arbeiten können“.

AUSLÄNDER

Schlagen oder verjagen

Ausländerinnen, die ihren gewalttätigen Männern davonlaufen, droht die Abschiebung.

Die 32jährige Türkin Aysel ist fast schon Berlinerin. 1971 war sie ihrem Ehemann nach West-Berlin gefolgt und hatte dort sechs Jahre lang in einer Fabrik gearbeitet. Doch dann, 1977 beim Familienurlaub in der Türkei, zwang ihr Mann sie, gemeinsam mit den fünf Kindern daheim bei ihren Eltern zu bleiben und auf Geldüberweisungen aus Berlin zu warten.

Die Frau fügte sich. Aber die Überweisungen blieben aus, und 1981 machte sich Aysel von neuem auf zu ihrem Mann nach West-Berlin.

Die Ehefrau war unwillkommen. Der Türke hatte inzwischen eine Freundin in die Wohnung geholt und versuchte, seine Familie mit Schikanen und Mißhandlungen loszuwerden. Nach einem Selbst-



Türkische Frauenhaus-Bewohnerinnen, Kinder: Prellungen, Blutergüsse, Brüche

mordversuch kam Aysel in die Klinik und flüchtete von dort aus, zusammen mit den Kindern, in ein West-Berliner Frauenhaus.

Dort soll sie auch nicht bleiben dürfen, statt des Gatten setzt ihr nun der Staat zu: Aysels Ausweisung ist gerichtlich beschlossene Sache.

Denn ihre Aufenthaltserlaubnis war, wie die 15. Kammer des Berliner Verwaltungsgerichts ihr bescheinigte, an die Familienzusammenführung gebunden, „diesen Aufenthaltswitz hat die Antragstellerin jedoch nicht verwirklichen können“ – genau wie sechs andere Ausländerinnen, die vergangenes Jahr mit gleicher Begründung allein aus West-Berlin ausgewiesen wurden.

Aysels Fall weist auf eine besonders mißliche Stelle der umstrittenen west-deutschen Ausländerrechtspraxis hin. Daß Frauen, die aus einer Ehe geprügelt wurden, auch noch des Landes verwiesen werden, liegt an den Ausführungs-

bestimmungen zum Ausländergesetz: In den ersten vier Jahren nach der Familienzusammenführung erhalten Nachgerückte nur dann eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, wenn die Gemeinschaft mit dem Partner noch besteht.

Die Folge für Frauen in gescheiterten Beziehungen: Vier Jahre lang stehen sie vor der Wahl, ob sie sich von rabiatischen Gatten schlagen oder von Ämtern verjagen lassen wollen.

Ausländerinnen, die mit Blutergüssen, Knochenbrüchen und Schädelprellungen oftmals direkt aus der Klinik kommen, stellen schon mehr als ein Drittel der Berliner Frauenhaus-Bewohnerinnen. Viele von ihnen müssen mit Ausweisung rechnen, weil sie vor gewalttätigen Ehemännern geflüchtet sind.

Der Syrerin Amineh beispielsweise, die ihrem zu Hause als fahnenflüchtig gesuchten Mann nach Deutschland gefolgt war, half auch ein Antrag auf politisches Asyl nicht. Da Ämter und



Syrerin Amineh, Amineh-Kinder: In allen Instanzen abgewiesen